

tiven. Damit dürfte China durchaus ein Stück in seinem Bemühen vorangekommen sein, den politischen Einfluss der USA in der Region zu mindern. Verschiedene Beobachter aus der Region und aus den USA bestätigen, dass die ASEAN-Länder zunehmend ihre Beziehungen zu China zur Grundlage von Entscheidungen auf der internationalen Bühne machen. Insbesondere auf Seiten der USA wird die wachsende Rolle Chinas sehr ambivalent beurteilt. Als positive Begleiterscheinung sieht man hierbei jedoch durchaus das daraus erwachsende Potenzial einer allgemeinen Stabilisierung der Region.

Am Rande des offiziellen Programms boten ARF- und ASEAN-Treffen den USA und China eine willkommene Gelegenheit zu einer erneuten vorsichtigen Annäherung. US-Außenminister Powell und der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan nutzten die Gunst der Stunde für Gespräche im Vorfeld des ersten offiziellen Besuchs Powells in China. Beide Seiten waren sichtlich bemüht, die Krise der ersten Monate nach Amtsantritt Präsident Bushs als beendet zu erklären und die bilateralen Beziehungen auf einen konstruktiven Weg zurückzuführen (vgl. auch Übersicht 2 in diesem Heft). (WSJ, 25.7.01; IHT, 28.7.01; BBC PF, 25., 26., 27., 28.7.01; XNA, 26., 27., 28.7.01; SCMP, 25.7.01; Xinhua, 26.7.01, nach FBIS, 26.7.01; Chairman's Statement. The Eighth Meeting of the ASEAN Regional Forum, Hanoi, 25 July 2001, <http://www.aseansec.org/amm/hanoi/05.htm>, (1.8.01)) -kg-

7 Neues überzeugendes Modell für Taiwan?

In der ersten Julihälfte war es zunächst der taiwanische Präsident Chen Shuibian, der Beijing eine neue Gesprächsrunde anbot. Pikanterweise tat es dies in einem Artikel des Magazins *Jane's Defence Weekly*, in dem er in erster Linie argumentierte, Taiwan habe trotz der Waffenkäufe in den USA kein Interesse an einem Rüstungswettlauf in Asien. Chen vertrat die Meinung, das diesmal in Shanghai stattfindende jährliche APEC-Treffen im Oktober des Jahres böte eine hervorragende Gelegenheit, Jiang Zemin

zu treffen und die seit langem unterbrochenen Gespräche auf höchster Ebene wieder aufzunehmen. Neues hatte Chen aus Beijinger Sicht jedoch nicht zu bieten. Vielmehr beharrte der taiwanische Präsident darauf, Beijing solle die Frage der Souveränität ausblenden. Er wiederholte damit letztlich nur die bekannte taiwanische Position.

Vizepremier Qian Qichen oblag es, für die chinesische Regierung zu antworten. Er tat dies im Rahmen des Empfangs einer Delegation der New Party (*Xin Dang*) aus Taiwan, die als letztes Sammelbecken für strikte Verfechter des Wiedervereinigungsgedankens in Taiwan gilt, allerdings über die Grenzen Taibeis hinaus politisch praktisch bedeutungslos ist. Qian wiederholte zunächst die chinesische Forderung, die er in die Formel Eins-Zwei-Drei kleidete: Ein China, zweiseitige Verhandlungen (zwischen Taiwan und der VR China) und drei direkte Verbindungen (Handel, Post, Transport).

Schon interessanter waren seine Bemerkungen, dass Taiwan zwar wie Hongkong und Macau ein kapitalistisches System besitze, deshalb die Wiedervereinigung mit dem Festland nicht notwendigerweise auch demselben Modell folgen müsse. Qian konkretisierte seine Vorstellung von der Verwirklichung der Wiedervereinigung mit Taiwan nach dem Modell „Ein Land – Zwei Systeme“ durch die Benennung von „sieben konkreten Maßnahmen“:

- Taiwan werde seine Währung behalten.
- Taiwan werde seine Truppen behalten.
- Taiwan werde in Bezug auf Zoll und Steuern eine unabhängige Region bleiben.
- Taiwan werde seine grundlegende Regierungsstruktur beibehalten.
- Das Festland werde keinen Pfennig aus Taiwans Kassen entnehmen und auch Taiwans Kapital nicht nutzen.
- Taiwans Bevölkerung und Geschäftsleute werden ihren Besitz behalten.
- Taiwans Regierungsangestellte werden unabhängig von denen des Festlands sein, und keine Beamten des Festlands werden in Taiwan eingesetzt.

Die Reaktion aus Taiwan fiel erwartungsgemäß negativ aus. Nach Ansicht der regierenden Democratic Progressive Party (DPP, *Minjin Dang*) sei dieser neue Sieben-Punkte-Vorschlag Beijings in höchstem Maße naiv und realitätsfern und allein deshalb nicht akzeptabel. Solche schlechten Bedingungen könnten von der taiwanischen Bevölkerung unmöglich hingenommen werden. Das Beispiel Hongkong habe deutlich gezeigt, dass das Modell „Ein Land – Zwei Systeme“ eben nicht funktioniert, weil Beijing seine Zusicherungen nicht einlöse. Die taiwanische Bevölkerung müsse sich in ihrer skeptischen Grundhaltung gegenüber dem Festland vielmehr bestärkt sehen und werde keinem Wiedervereinigungsplan zustimmen können, solange Beijing nicht deutliche Verbesserungen der Menschenrechtslage in China herbeiführe und sich nicht zu demokratischen Regeln bekenne und diese anwende. (Central News Agency Taipei, 7.7.01, nach FBIS, 9.7.01; Central News Agency Taipei, 12.7.01, nach BBC PF, 14.7.01; Central News Agency Taipei, 14.7.01, nach BBC PF, 15.7.01) -kg-

Innenpolitik

8 Beijing erhält Zuschlag für Olympische Spiele 2008 – erneutes Aufleben der Menschenrechtsdebatte

Wie allgemein erwartet, wurde Beijing am 13. Juli von der Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees in Moskau zum Austragungsort der 29. Olympischen Spiele 2008 gewählt. Beijing setzte sich bereits im zweiten Wahlgang mit 56 Stimmen gegen die Mitbewerber Toronto (22 Stimmen), Paris (18), Istanbul (9) und Osaka (im ersten Wahlgang ausgeschieden) durch. Nach der Niederlage Beijings gegen Sydney im Jahr 1993 kommen die Sommerspiele nun im zweiten Anlauf zum dritten Mal nach Asien, nachdem Tokyo im Jahr 1964 und Seoul im Jahr 1988 Olympische Spiele ausgerichtet hatten. Das Ereignis wurde in China, insbesondere in der Hauptstadt Beijing, mit

großem Jubel aufgenommen, nachdem man dem Tag in einer Art gelassener Vorfreude entgegengesehen hatte.

Im Ausland war das Ereignis Anlass für eine kontroverse Menschenrechtsdebatte. Gegner einer Wahl Beijings zum Austragungsort der Olympiade 2008 argumentierten, dass man China für seine notorischen Menschenrechtsverstöße nicht noch „belohnen“ dürfe; sollte der Zuschlag an Beijing gehen, würde dies nur als eine „Lizenz für weitere Repression“ verstanden. Die Kritiker erinnerten an die letzte Wahl einer kommunistischen „Bastion“, nämlich Moskaus, als Austragungsort der Olympischen Spiele 1980; die Spiele wurden damals von verschiedenen westlichen Staaten boykottiert, nachdem sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschiert waren. Historische Parallelen wurden auch zur Wahl Berlins als Austragungstätte der Olympiade 1936 gezogen; hatte man mit der Wahl in den frühen 1930er Jahren noch bezweckt, der strauchelnden Demokratie in Deutschland auf die Beine zu helfen, so fanden die Spiele schließlich unter dem bereits gefestigten Hitler-Regime statt. Scharfe Kritik kam vor allem von tibetischen und russischen Aktivisten sowie von Vertretern der internationalen Falungong-Organisation. Unmittelbar nach der Entscheidung am 13. Juli zeigten sich viele von ihnen enttäuscht, dass man mit dem Zuschlag an Beijing freiwillig ein weiteres wichtiges Druckmittel für die Wahrung der Menschenrechte aus der Hand gegeben habe.

Von Befürwortern einer Wahl Beijings waren bezüglich der Menschenrechtsfrage dagegen durchaus hoffnungsvolle Einschätzungen zu hören. Verhalten optimistisch äußerte sich etwa der Präsident des Deutschen Olympischen Komitees, Walter Tröger, am Vortag der Entscheidung, indem er seiner Hoffnung Ausdruck gab, dass die Olympischen Spiele zum politischen Wandel in China beitragen könnten. Andere Stimmen gingen deutlich weiter, indem sie in dem Zuschlag an Beijing geradezu einen „Katalysator“ für politische Reformen und für eine beschleunigte Liberalisierung des Landes sahen. Dies gelte für die gesamten verbleibenden sieben Jahre bis zur Austragung der Olympiade im Jahre 2008, während derer die chinesische Führung nun verstärkt gezwungen sei,

sich internationalen Standards zu beugen.

Hinsichtlich einer Einschätzung dieser kontroversen Positionen sollte zunächst allgemein davor gewarnt werden, zwischen der Austragung der Olympiade in Beijing und der Frage des Schutzes der Menschenrechte allzu enge Ursache-Wirkungs-Beziehungen herzustellen und die internationalen Einflussmöglichkeiten derartiger singulärer Entscheidungen auf die Menschenrechtssituation in China allzu hoch aufzuhängen. Denn zum einen sind die innenpolitischen und sozioökonomischen Probleme und Herausforderungen, denen China sich gegenüber gestellt sieht, zu komplex und zu gravierend, als dass die staatliche Führung Chinas in der Lage wäre, derartige außenpolitische „Einflussmanöver“ gebührend zu berücksichtigen oder gar, selbst wenn die politische Bereitschaft dazu bestünde, in der erhofften Konsistenz darauf zu reagieren. Zum anderen ist seit Jahren festzustellen, dass sich im internationalen Dialog ein zunehmend pragmatischer Umgang mit China durchsetzt, innerhalb dessen das politische Gewicht einzelner symbolischer Gesten stark relativiert wird.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Kritik der Gegner einer Wahl Beijings, wonach die internationale Gemeinschaft sich damit eines wichtigen Druckmittels begeben, ebenso wie der Optimismus der Befürworter, die Olympischen Spiele würden als Katalysator der politischen Liberalisierung in China wirken, gleichermaßen wenig realistisch. Weder im Vorfeld noch nach der Entscheidung über die Austragung der Olympiade in Beijing dürfte diese einen wirklich maßgeblichen Einfluss auf die allgemeinen politischen Entscheidungen der chinesischen Führung entfalten. In finanzieller Hinsicht erwartet Beijing aus der Austragung der Spiele relativ bescheidene Einnahmen und wirtschaftliche Gewinne, während die nun in den nächsten Jahren anstehenden Investitionsausgaben in Beijing (v.a. für Verkehrsinfrastruktur und Umweltschutz) zum überwiegenden Teil ohnehin vorgesehen waren. Auch in psychologischer Hinsicht scheint glaubwürdig, dass eine erneute Absage an Beijing verkraftbar gewesen wäre.

Was die nun bevorstehende siebenjährige Vorbereitungsphase bis 2008 angeht, so dürfte, wenn man dennoch eine Verbindung zur Menschenrechtsfrage herstellen will, die Wirkung positiver Anreizmechanismen insgesamt doch überwiegen. In diesem Zusammenhang ist an eine – zunächst missverständliche – Meldung in der internationalen Medienberichterstattung vom Morgen (MEZ) des 13. Juli zu erinnern, als es hieß, Beijing habe für den Fall eines positiven Wahlausgangs versprochen, „die Pressefreiheit zu gewährleisten“. Wie sich im Lauf des Tages herausstellte, war nicht von der Pressefreiheit im Allgemeinen, sondern von einer „freien Berichterstattung“ im Umfeld der Olympischen Spiele in Beijing die Rede gewesen. Bemerkenswerterweise reagierte Beijing damit offenbar auf eine Forderung der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Diese Organisation hatte sich im Vorfeld der Entscheidung nicht grundsätzlich gegen eine Austragung der Olympiade in Beijing ausgesprochen; vielmehr hatte sie den IOC aufgefordert, von Beijing eine Versicherung einzuholen, dass im Fall eines positiven Wahlausgangs internationalen Medienvertretern für ihre Berichterstattung über die Spiele unbeschränkter Zugang in das Land gewährt und keine diskriminierenden Maßnahmen gegen Journalisten oder Teilnehmer aufgrund etwaiger politischer oder religiöser Ansichten ergriffen würden. Auch wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt keineswegs sichergestellt ist, dass Beijing sich an die gegebene Versicherung halten wird, zeigt dieses Beispiel eine mögliche Stoßrichtung auf, in der ansatzweise positive Wirkungen auf das politische Klima in Beijing erwartet werden können.

Allgemein ließen sich positive Effekte der Austragung der Olympischen Spiele etwa auch im Hinblick auf die nationale Befindlichkeit Chinas ableiten. Hatte sich zum Ende des 19. Jahrhunderts dem nationalen Gedächtnis Chinas das negative „Image“ vom „kranken Mann in Asien“ eingeprägt, so dürfte spätestens die Olympiade „rehabilitierend“ bzw. „rekonvaleszierend“ wirken. Mit dem positiven Wahlausgang steht China nun gewissermaßen auf gleicher Schulterhöhe mit den USA

und anderen modernen Industriestaaten. Tendenziell könnte das wachsende Selbstbewusstsein dazu beitragen, China zu einem weniger verkrampften und aufgeschlosseneren Umgang mit seinen internationalen Partnern zu ermutigen. (SCMP, 10., 12., 13., 14.7.01; CNN, 11.7.01; Deutschlandfunk, 13.7.01, 7.00 Uhr-Nachrichten; FAZ, 7., 17.7.01; NZZ, 14., 16.7.01; www.hrw.org/background/asia/q&q-china0305.htm) -hol-

9 Achtzigster Jahrestag der Gründung der KPCh: Jiang Zemens theoretisches Vermächtnis

Am 1. Juli wurde in China landesweit der achtzigste Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei im Jahr 1921 feierlich begangen.

Bei dem 1. Juli handelt es sich um einen fiktiven Gründungstag, der erst zwanzig Jahre nach der Gründung der Partei festgelegt wurde. Tatsächlich lag das Gründungsdatum der KPCh in der letzten Dekade des Juli 1921: Am 23. Juli 1921 und an den Folgetagen (offiziell: 23. bis 31. Juli) trafen sich in Shanghai rund ein Dutzend (offiziell: 13) Vertreter verschiedener kommunistischer Gruppen, die sich zuvor in Beijing, Shanghai, Wuhan, Jinan, Changsha und Guangzhou sowie im Ausland, nämlich in Frankreich und Japan, mit dem Ziel gebildet hatten, die Gründung einer Kommunistischen Partei vorzubereiten. Unter ihnen war bereits auch Mao Zedong. Von der offiziellen chinesischen Geschichtsschreibung weitgehend unterbelichtet bleibt die Tatsache, dass die chinesischen Kommunisten gerade in der Gründungsphase seit 1919 erhebliche organisatorische und finanzielle Unterstützung durch die Kommunistische Internationale (Komintern) erhielten. So war bei der Gründungsversammlung in Shanghai auch ein Komintern-Vertreter (Hendricus Sneevliet alias Maring) anwesend. Auf dem Treffen, das damit als „Erster Parteitag“ der KPCh in die Geschichte einging, wurde die Partei formal gegründet.

Der diesjährige achtzigste Jahrestag der Gründung der Partei, den verschiedene Fernsehserien zur Revolutions- und Parteigeschichte, Feierstunden und Gratulationskam-

pagnen begleiteten, wurde von der breiten Bevölkerung mit dem üblichen routinierten Enthusiasmus zur Kenntnis genommen.

Von Seiten der parteistaatlichen Führung kam dem Jubiläum allerdings ein besonderes Gewicht zu. Anders als fünf Jahre zuvor, als anlässlich des 75. Jahrestags der Parteigründung der damalige Ministerpräsident Li Peng eine sehr nüchterne Gedenktagsrede hielt (vgl. C.a., 1996/7, Ü 11), galt die Aufmerksamkeit diesmal dem Generalsekretär der Partei, Jiang Zemin, selbst. Jiang nutzte die Gelegenheit, indem er am Vormittag des 1. Juli in der Großen Halle des Volkes in Beijing eine im staatlichen Fernsehen übertragene knapp zweistündige Rede verlas. In Teilen dürfte der Inhalt dieser Rede als „theoretisches Vermächtnis“ des dritten „großen Staatsmanns“ der VR China nach Mao Zedong und Deng Xiaoping Eingang in die offizielle Parteigeschichtsschreibung finden.

Anfang und Ende der Rede waren von den zu entsprechenden Gelegenheiten üblichen Hymnen auf die historischen Errungenschaften und Beshwörungen für die Zukunft geprägt, wie sie zuletzt etwa anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Gründung der VR China im Oktober 1999 zu vernehmen waren. In der Frage der Korruptionsbekämpfung akzentuierte Jiang erneut die Willensstärke der parteistaatlichen Führung. Demgegenüber verzichtete er – zur Enttäuschung ausländischer Kommentatoren – auf innovative Ausführungen zur Reform des politischen Systems. Umso resoluter wurden allerdings „westliche politische Modelle“ wie ein Mehrparteiensystem oder eine Gewaltenteilung abgelehnt. Auch verzichtete Jiang auf eine Neubewertung historischer Ereignisse, insbesondere der Studentenbewegung des Jahres 1989, auf die manche Beobachter im Zusammenhang der Veröffentlichung der Tiananmen-Akte im Januar dieses Jahres (vgl. C.a. 2001/1, Ü 11) gewartet hatten.

Umso mehr richtete sich die Aufmerksamkeit auf den Mittelteil der Rede. Für viele Zuhörer offenbar unerwartet, kündigte Jiang darin an, dass sich die Kommunistische Partei in Zukunft für Privatunternehmer öffnen würde – ein Schritt, der zwar faktisch kein wirkliches Novum bedeutet, in formal-ide-

ologischer Hinsicht aber starke Kontroversen ausgelöst hat. Ein Beitrag im hinteren Teil des Heftes bietet eine ausführliche Analyse des Inhalts der Rede Jiang Zemens, der theoretischen Kontroverse sowie der möglichen praktischen Konsequenzen einer Aufnahme von Privatunternehmern in die KPCh. (RMRB, 1., 2., 3.7.01; XNA, 1., 12., 15., 22.6., 1., 2.7.01; Xinhua, 28., 29.6., 1.7.01, nach BBC PF, 28., 29.6., 1.7.01; SCMP, 20.6., 2.7.01; FAZ, 29., 30.6.01; FT, 2.7.01) -hol-

10 Zweiter Jahrestag des Falungong-Verbots – Radikalität auf beiden Seiten

Am 22. Juli jährte sich das Verbot der Falungong-Bewegung als „Kult“ und „illegale Organisation“, das die staatliche Führung in Reaktion auf die groß angelegte Demonstration von Anhängern der Bewegung im April 1999 in Beijing ausgesprochen hatte, zum zweiten Mal.

Im Vergleich zum letzten Jahr, als vor und zum Jahrestag über hundert Menschen auf dem Tiananmen-Platz in Beijing ihrem Protest Ausdruck gegeben hatten (vgl. C.a., 2000/7, Ü 11), berichteten die Medien in diesem Jahr von nur rund einem halben Dutzend Falungong-Anhängern, die auf dem Platz demonstrierten. Sie sollen, unter umgehender Anwendung von Gewalt, von Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen worden sein.

Die schwindende Zahl der Protestierenden ist auf die verschärfte Verfolgung der Gruppe seit Anfang dieses Jahres zurückzuführen. Wie ein Korrespondent der *Washington Post* von offizieller Seite erfahren haben will, sind die staatlichen Repressionsmaßnahmen systematisch ausgeweitet und verstärkt worden. So sollen Angehörige des parteistaatlichen Sicherheitsapparats selbst erklärt haben, dass seit Januar dieses Jahres ein neuer Ansatz entwickelt worden sei, um noch praktizierende Falungong-Anhänger landesweit zu erfassen und sie zur Abkehr von der Bewegung zu bringen.

Zu diesem Ansatz gehöre als erstes Element die Anwendung von körperlicher Gewalt – zwar waren Falungong-Anhänger bereits in der Vergangenheit in Polizeigewahrsam und in Haft brutaler Behandlung ausgesetzt ge-

wesen, jedoch soll der Einsatz von Gewalt nun von der Führungsspitze explizit sanktioniert worden sein. Das zweite Element bilde eine intensive Propagandakampagne im ganzen Land, die seit der versuchten Selbstverbrennung von fünf Personen, die offiziell als Falungong-Anhänger identifiziert wurden, auf deutlich größere Akzeptanz in der Bevölkerung stößt. Die Selbstmordversuche hätten zur Verbreitung der Auffassung geführt, dass es sich bei der Bewegung tatsächlich um einen gefährlichen „Kult“ handle. Das dritte Element seien schließlich Umerziehungsklassen, die alle Personen, die bislang nicht vollständig von Falungong abgerückt seien, zu absolvieren hätten. Hier seien landesweit alle staatlichen Einheiten (*danwei*) und Einwohnerkomitees in die Pflicht genommen worden, Falungong-Anhänger, die bislang noch im Stillen praktiziert hätten, aufzuspüren und an entsprechende Schulungszentren weiterzuleiten.

Nach verschiedenen Schilderungen werden die Teilnehmer an diesen Umerziehungsklassen über mehrere Wochen hinweg physisch und psychisch extrem unter Druck gesetzt, um sie dazu zu veranlassen, ihre Abkehr von Falungong und ihrem Meister Li Hongzhi schriftlich und vor laufender Videokamera zu erklären. Andernfalls würde ihnen die Verschickung in eines der zahlreichen Arbeitslager angedroht, in denen Falungong-Anhänger wiederholt zu Tode gekommen sein sollen. Viele sollen unter diesem Druck dazu bewegt worden sein, sich von der Bewegung zu distanzieren.

Allerdings ist fraglich, ob diese Personen sich tatsächlich vollständig von der Lehre Li Hongzhis abwenden. Vielmehr lassen sich Indizien dafür finden, dass sich unter den verbliebenen Falungong-Anhängern eine zunehmende Radikalisierung vollzieht. Schenkt man den jüngsten „Schriften“ Li Hongzhis Aufmerksamkeit, die auf den verschiedenen Webseiten der internationalen Falungong-Organisation zu finden sind, so gibt es dort einige Hinweise darauf, dass die staatlichen Repressionsmaßnahmen als obligate „Prüfung“ der Standhaftigkeit der Falungong-Schüler gedeutet werden. Seinen Anhängern legt Li Hongzhi darin nahe, dass sie sich um ihrer eigenen „Erlösung“ und des Heils

der gesamten Menschheit willen keinesfalls von der Lehre abwenden dürften. Vielmehr gelte es, den Repressionsmaßnahmen unbeugsam und ohne Furcht zu begegnen. Einige der jüngsten „Schriften“ scheinen gar Interpretationsmöglichkeiten zuzulassen, wonach Falungong-Anhänger sich ermutigt sehen können, selbst den eigenen Tod furchtlos auf sich zu nehmen. Derartige fatalistische Deutungsmöglichkeiten, die die jüngsten Publikationen Li Hongzhis eröffnen, weisen auf ein zunehmendes Märtyrertum unter Falungong-Anhängern in China in Reaktion auf die Verschärfung der staatlichen Repression und Gewaltanwendung.

Die steigende Radikalität auf beiden Konfliktseiten schlägt sich in einer Häufung von Meldungen über Todesfälle von Falungong-Anhängern nieder, die sich tragischerweise in einer Grauzone allseitiger Glaubwürdigkeitsprobleme bewegen. So meldeten internationale Medienberichte Anfang Juli, dass bereits am 20. Juni dieses Jahres in einem Arbeitslager bei Harbin in der Provinz Heilongjiang mindestens zehn Falungong-Anhängerinnen zu Tode gekommen sein sollen. Vom genaueren Hergang des Geschehens gibt es allerdings drei verschiedene Versionen, deren Wahrheitsgehalt kaum überprüft werden kann.

Nach offizieller chinesischer Version sollen insgesamt 25 Insassen versucht haben, Selbstmord zu begehen, nachdem ihnen über dunkle Kanäle von Übersee-Vertretern der Falungong-Organisation Botschaften zugegangen seien, wonach sie durch Selbsttötung ihre Erlösung erwirken könnten. Von den 25 Frauen sollen nach dieser Version 14 ums Leben gekommen sein, während elf andere gerettet werden hätten können. Eine zweite Version stammt vom Hongkonger Information Centre for Human Rights and Democratic Movement, das den Darstellungen der offiziellen chinesischen Seite üblicherweise widerspricht, sie in diesem Fall aber im Wesentlichen bestätigt. Danach sollen mindestens zehn Falungong-Anhängerinnen in dem betreffenden Lager Selbstmord begangen haben, um damit gegen ihre brutale Behandlung zu protestieren. Eine dritte Version wurde schließlich von Sprechern der internationalen Falungong-

Organisation verlautbart, die leugneten, dass es sich um einen Selbstmord gehandelt habe. Vielmehr seien 15 Frauen von Lagerwärtern zu Tode gefoltert worden, und man habe ihren Tod als Selbstmord ausgegeben, um das Verbrechen zu kaschieren. Eine Hongkonger Falungong-Sprecherin war in diesem Zusammenhang zu vernehmen: „It is totally impossible... Falungong teaching does not permit killing, including ourselves... [The allegation] is absurd ... even if you are instructed to die, would you kill yourself?“ (SCMP, 5.7.01).

Ein anderer, von den internationalen Medien nicht weiter beachteter Kurzbericht der Staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua aus der zweiten Julihälfte meldete einen weiteren Selbstmordfall. Danach soll sich am 1. Juli dieses Jahres auf dem zentralen Platz von Nanning, der Hauptstadt der Autonomen Region Guangxi, ein 19-jähriger Falungong-Anhänger, nachdem er eine Zeit lang in sitzender Pose meditiert hatte, mit Benzin übergossen und angezündet haben, um, wie er selbst vor seinem Tod am vorigen Tag ausgesagt haben soll, „das Böse in seinem Körper zu verbrennen und ein höheres Niveau der Falungong-Kultivierung zu erreichen“ (XNA, 24.7.01). Die Meldung erscheint insofern fragwürdig, als just am 1. Juli landesweit der achtzigste Jahrestag der Gründung der KPCh gefeiert wurde und es daher unwahrscheinlich erscheint, dass jemand an diesem Tag auf dem zentralen Platz einer Provinzhauptstadt Zeit für die Ausführung des geschilderten Hergangs aufbringen konnte. Andererseits ist dennoch durchaus denkbar, dass sich der Fall so oder ähnlich abgespielt haben könnte, ohne dass sich der wahre Sachverhalt allerdings überprüfen ließe.

Diese beunruhigenden Fälle zeigen, wie schwierig es angesichts der Radikalitätsbereitschaft auf beiden Seiten geworden ist, den andauernden politischen Konflikt zwischen der Falungong-Bewegung und der staatlichen Führung Chinas im Detail nachzuvollziehen. In jedem Fall ist aber davon auszugehen, dass trotz des „Abnehmens“ öffentlicher Proteste das Konfliktpotenzial keineswegs abgenommen hat. (Xinhua, 20.7.01, nach BBC PF, 23.7.01; SCMP, 5.7.01; IHT, 5., 24.7.01; FT,

5.7.01; RTHK, Radio 3, 3.7.01, nach BBC PF, 4.7.01; *Washington Post*, 5.8.01; www.clearwisdom.net) -hol-

11 Staatsexamen für Juristen ab 2002

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses hat Ende Juni zwei Gesetzesänderungen verabschiedet, gemäß derer Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte sich ab Januar 2002 in einem landesweit einheitlichen juristischen Staatsexamen qualifizieren werden müssen.

Die beiden Änderungen zum Richtergesetz und zum Staatsanwaltgesetz, die mit Beginn des kommenden Jahres in Kraft treten werden, sehen vor, dass alle Kandidaten für Richter- und Staatsanwaltsämter sich in Zukunft durch die Teilnahme an dem juristischen Staatsexamen zu qualifizieren hätten. Das Examen sei so angelegt, dass nur wirklich kompetente Kandidaten die Qualifikation erhalten werden. Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichtshöfe ebenso wie die Obersten Staatsanwälte und deren Stellvertreter sollten wiederum aus den Reihen der jeweils besten tätigen Richter und Staatsanwälte ausgewählt werden. Die Gesetzesänderungen sehen ferner strengere Aufsichts- und Kontrollrichtlinien für die innere Verwaltung des Justizsystems vor.

Gemäß eines Rundschreibens, das drei Wochen später vom Obersten Volksgerichtshof der VR China erging, haben sich darüber hinaus auch alle bereits im Amt befindlichen Richter einer Überprüfung ihrer beruflichen Qualifikation zu stellen. Alle diejenigen, die ihre Qualifikation nicht durch das vorgesehene Staatsexamen oder durch eine mindestens zweijährige Hochschulbildung nachweisen könnten, seien umgehend aus ihren Ämtern zu entfernen. Sie seien durch solche Personen zu ersetzen, die das neu einzuführende Staatsexamen erfolgreich bestanden hätten. Übergeordnete Volksgerichtshöfe seien dafür verantwortlich, dass in den ihnen administrativ jeweils unterstellten Volksgerichtshöfen die neuen Regelungen konsequent umgesetzt würden.

Für das Verwaltungsgebiet der Regierungsunmittelbaren Stadt Beijing wurde schließlich Anfang Juli eine

„Verordnung für zertifizierte Rechtsanwälte“ bekannt gegeben, die zunächst probeweise in Kraft treten wird, längerfristig aber möglicherweise als Standard für eine landesweite Regelung dienen soll. Seit der Einführung eines Rechtsanwaltsystems im Jahr 1979 haben sich bis Ende Juni dieses Jahres 417 Rechtsanwaltsbüros registrieren lassen; insgesamt sind 5.268 zertifizierte Rechtsanwälte in Beijing tätig (*Fazhi Ribao*, 1.7.01; XNA, 30.6.01, nach BBC PF, 2.7.01; XNA, 17.7.01) -hol-

12 Landesweite Kontrolle von Internet-Cafés

Auf gemeinsame Initiative der Ministerien für Informationsindustrie, für Öffentliche Sicherheit und für Kultur sowie der Staatlichen Verwaltungsbehörde für Industrie und Handel sind seit April dieses Jahres Internet-Cafés in ganz China einer Überprüfung unterzogen worden.

Nach jüngsten offiziellen Angaben sind zwischen April und Juli rund 56.800 Internet-Cafés kontrolliert worden. Von diesen wurden rund 6.000 vorübergehend mit einem Betriebsverbot belegt, während etwa 2.000 vollständig geschlossen wurden. Eine andere Quelle spricht von insgesamt 78.000 kontrollierten Internet-Cafés, von denen 9.579 mit Auflagen belegt, 2.494 mit einem vorübergehenden Betriebsverbot belegt und 2.337 vollständig geschlossen worden sein sollen.

Die Hintergründe für die Schließungen sind vielschichtiger, als die in der internationalen Presse verwandte Bewertung als „largest crackdown on Internet cafés since the Web came to the country“ (IHT, 15.6.01) nahelegt. Tatsächlich dürfte das Hauptmotiv der Kampagne nicht die politische Kontrolle über die Verbreitung von und den Zugang zu sensitiven Web-Informationen, sondern vielmehr die administrative und kommerzielle Regulierung des Internet-Sektors sein. Bei der Großzahl der geschlossenen Stätten handelt es sich nicht nur nach offizieller Darstellung, sondern auch nach Meinung chinesischer Internetnutzer um solche Internet-Cafés, die ohne Lizenz betrieben worden sind, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen oder sons-

tige betriebliche Unregelmäßigkeiten aufweisen.

Angesichts des boomenden Internet-„Marktes“ – Ende Juni 2001 wurden landesweit 26 Mio. Internetnutzer gezählt – sind die Anreize für den „schwarzen“ Betrieb von Internet-Cafés in den vergangenen Jahren sehr groß gewesen. Seit 1997 unterliegt die behördliche Aufsicht über diesen Bereich – ähnlich wie die Verbrechensbekämpfung in China – erheblichen Schwankungen. Sporadische Wellen der Kontrolle wie die jüngste Kontrollkampagne wechseln mit Phasen der stillschweigenden Duldung ab, ohne dass diesem Muster notwendig politische Entscheidungen im Sinne eines gezielten „crackdown“ zu Grunde lägen. (XNA, 12., 20.7.01; Xinhua, 11.7.01, nach BBC PF, 24.7.01; IHT, 15.6.01; SCMP, 12.7.01) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Unterstützung für Universitäten im Westen

Im Rahmen des Programms „Aufbau West“ gilt dem Bildungswesen besondere Aufmerksamkeit. Schulpartnerschaften, Entsendung von Lehrkräften aus den entwickelten Ostgebieten in die unterentwickelten Westgebiete des Landes, Fortbildungsangebote und Schulungskurse für Lehrer aus den westlichen Gebieten sind einige der Methoden, mit denen versucht wird, das rückständige Schulwesen im Westen zu entwickeln. Jetzt werden die diesbezüglichen Anstrengungen auch auf den Hochschulbereich ausgedehnt. Kürzlich hat das Bildungsministerium beschlossen, verstärkt die Universitäten und Hochschulen in den Westgebieten zu fördern. Es will den Aufbau einer Reihe guter Universitäten im Westen finanziell unterstützen, und zwar mit staatlichen Investitionen, Bankkrediten und finanzieller Unterstützung durch das Ausland. Durch spezielle Stipendienprogramme sollen Studenten aus bedürftigen Familien in die Lage versetzt werden, ihr Studium zu beenden. Weitere Schwerpunkte sind der